Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

TRANSFERAGENTUR NRW

# Möglichkeiten und Chancen guter Vernetzung am Beispiel der Dortmunder Gesamtstrategie

Christiane Certa, Sozialplanerin bei der Stadt Dortmund

Die Neuzuwanderung in Städte und Kreise geht mit Herausforderungen auch im Bildungsbereich einher, die deutlich machen, dass es ressort- und trägerübergreifender Zusammenarbeit für gute Lösungen bedarf. Im Rahmen einer ‚Gesamtstrategie Neuzuwanderung' kooperiert ein Dortmunder Verbund aus städtischen und nichtstädtischen Akteuren fach- und trägerübergreifend auf Augenhöhe. Die Verantwortung für Koordinierung, Lenkung und Steuerung dieser komplexen Struktur liegt bei der Stadt Dortmund als staatlicher Akteurin. Der Beitrag beschreibt den Aufbau und die Funktion der staatlich-kommunalen zivilgesellschaftlichen Verantwortungsgemeinschaft.

***Schlüsselwörter:***
***trägerübergreifende Zusammenarbeit, Vernetzung, Gesamtstrategie, Koordinierung***

Materialien
Kommunales Bildungsmanagement

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ISA

# Inhalt

**Möglichkeiten und Chancen guter Vernetzung am Beispiel der Dortmunder Gesamtstrategie**


| | | |
|---|---|---|
| **1.** | **Europa vor Ort: Effekte der EU-Erweiterung auf örtlicher Ebene** | **2** |
| 1.1 | EU-Armutsgefälle und Binnenmigration | 2 |
| 1.2 | EU2-Zuwanderung am Beispiel Dortmund | 2 |
| 1.3 | Situation der Neuzuwandernden in Dortmund | 3 |
| **2.** | **Der Dortmunder Weg - Initiierung und erste Schritte** | **4** |
| 2.1 | Entwickeln einer gemeinsamen Wissens- und Bewusstseinsbasis: Trägerübergreifender fachlicher Austausch | 4 |
| 2.2 | Aufbau verbindlicher Strukturen zur Professionalisierung der Zusammenarbeit: Dortmunder Netzwerk Neuzuwanderung | 5 |
| 2.3 | Entwickeln einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage: gemeinsame Positionierung und Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa | 5 |
| 2.4 | Überörtliche Vernetzung | 7 |
| 2.5 | Vernetzung professionalisieren: Koordinierungsgruppe Neuzuwanderung | 7 |
| **3.** | **Notwendigkeit einer Verantwortungsgemeinschaft: Erfolge der ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung'** | **9** |
| **4.** | **Voraussetzungen für das Gelingen der Dortmunder Gesamtstrategie** | **12** |
| **5.** | **Lessons Learned: Offene Fragen und Empfehlungen an andere Kommunen** | **13** |

# 1. Europa vor Ort: Effekte der EU-Erweiterung auf örtlicher Ebene

Mit den EU-Beitritten Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 war die fünfte Erweiterung der Europäischen Union abgeschlossen, am 1. Juli 2013 folgte Kroatien. Die EU umfasst damit aktuell 28 Mitgliedstaaten mit insgesamt 511,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand: 2017). Im Februar 2018 legte die Europäische Kommission ein Strategiepapier zur nächsten EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten vor. Demnach sind die Beitritte Montenegros und Serbiens für 2025 geplant, die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien sollen 2019 aufgenommen werden. Potenzielle Kandidaten sind Bosnien-Herzegowina und das Kosovo.

## 1.1 EU-Armutsgefälle und Binnenmigration

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf variiert in den EU-Staaten erheblich. [1] Das resultierende Armutsgefälle führt zu Wanderungsbewegungen der Menschen, die in anderen EU-Staaten aus nachvollziehbaren Gründen bessere Lebenschancen suchen. Folge ist eine 2007 einsetzende Migration aus den EU2-Ländern in die (westlichen) Mitgliedstaaten. Hauptzielländer sind zunächst Italien und Spanien, wo die EU2-Zuwanderung 2007 Höchstwerte erreicht (Italien: 284.805; Spanien: 228.973), im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise aber bis 2012 deutlich absinkt (Italien: 86.460, Spanien: 33.500). Eine Verlagerung der Wanderung in die übrige EU wird auch in Deutschland spürbar (Hanganu u.a. 2014: 75), wo die EU2-Bevölkerung deutlich von 131.402 auf 933.195 in 2017 wächst (vgl. Tab. 1). [2]

*1 Stand 2017: Luxemburg 92.800 €, Bulgarien 7.100 €, Deutschland: 39.500 € (Statista 2018).*

*2 Die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission für Bulgarien und Rumänien belegen bereits 1997 massive Defizite in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Arbeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz; insb. die Minderheit der Roma sei betroffen. Nationale Strategien zur Verbesserung dieser Situation werden dennoch nicht zur Bedingung für die Beitrittsentscheidung gemacht (Stadt Dortmund 2012: 2-3). Im Ergebnis werden die sozialen Probleme der Herkunftsstaaten in die Zielstädte getragen.*

***Tab. 1: Deutschland - Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2008 bis 2017 (Stadt Dortmund 2018: S. 8)***

| | 2007 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Bulgarien** | 46.818 | 74.869 | 93.889 | 118.759 | 146.828 | 183.263 | 226.926 | 263.320 | 310.414 |
| **Rumänien** | 84.584 | 126.536 | 159.222 | 205.026 | 267.398 | 355.343 | 452.718 | 533.660 | 622.781 |
| **EU2 gesamt** | 131.402 | 201.405 | 253.111 | 323.785 | 414.226 | 538.606 | 679.644 | 796.980 | 933.195 |
| **Vgl. Vorjahr** | 18.996 | 34.571 | 51.706 | 70.674 | 90.441 | 124.380 | 141.038 | 117.336 | 136.215 |
| **Vgl. Vorjahr (%)** | 16,9 | 20,7 | 25,7 | 27,9 | 27,9 | 30,0 | 26,2 | 17,3 | 17,1 |

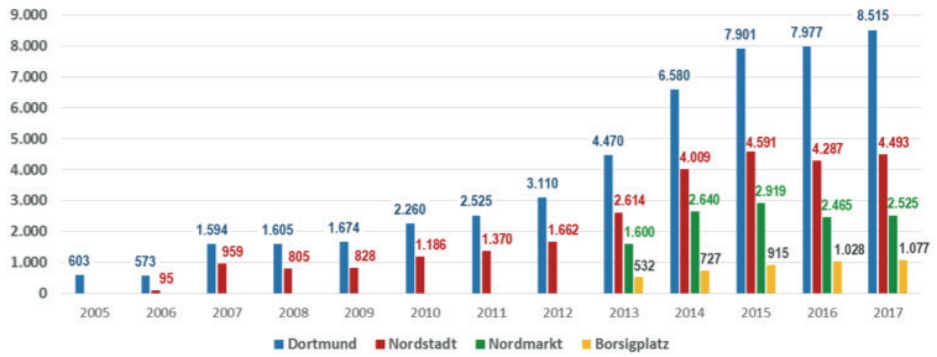
*Quelle: Statistisches Bundesamt (bis 2013) bzw. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2014/15) bzw. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016/17) auf Basis des Ausländerzentralregisters*

## 1.2 EU2-Zuwanderung am Beispiel Dortmund

Deutschlandweit konzentrieren sich die EU2-Zuzüge auf wenige Zuzugsstädte wie München, Berlin, Hamburg, Offenbach, Mannheim und Duisburg. Auch in Dortmund ist die Zahl der EU2-Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich gestiegen, von 573 Ende 2006 auf 8.515 Ende 2017 (vgl. Abb. 1).

Ein großer Teil der Zuwandernden lebt in der Dortmunder Nordstadt, die traditionell das ‚Tor nach Dortmund' und damit ein ‚Ankommens- und Integrationsstadtteil' ist, in dem Zuwandernde ihre Community, sprachliche Verständigungsmöglichkeiten und eine vielfältige Infrastruktur finden. 2014 waren hier über 60,0 Prozent der aus Rumänien und Bulgarien stammenden Menschen registriert, aktuell sind es gut 50,0 Prozent. Etwa ein Drittel davon lebt im Quartier Nordmarkt, einem der drei Nordstadt-Sozialräume (Stadt Dortmund 2018a).

*Abb. 1: Menschen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in Dortmund, Stadtbezirk IN-Nord und Sozialräume Nordmarkt und Borsigplatz 2005 – 2017 (zum 31.12.)*
*(Quelle: Daten Dortmunder Statistik 2018)*




## 1.3 Situation der Neuzuwandernden in Dortmund

Neben schulisch und beruflich gut qualifizierten Menschen, die in ihrem Herkunftsland gute Teilhabechancen hatten und sich auch in den Ankunftsstädten schnell zurechtfinden, kommen auch Zuwandernde, die in ihrem Herkunftsland unter sehr prekären Bedingungen lebten (Stadt Dortmund 2018b; Böckler u.a. 2018). Das trifft auf einen Großteil der in Dortmund lebenden EU2-Bürgerinnen und Bürger zu. Sie haben Ausgrenzung, extreme Armut und Perspektivlosigkeit ohne Zugang zu Bildung, Einkommen, Gesundheit und Wohnen erlebt. Nur wenige haben einen Berufsbildungsabschluss oder vor ihrer Ausreise einen festen Arbeitsplatz. Menschen mit derart schwierigen Voraussetzungen sind auch in der Ankunftsstadt mit multikomplexen Problemlagen konfrontiert. Es fehlen die Chancen auf Arbeit und Einkommen, für viele Familien ist die einzige regelmäßige Einkommensquelle das Kindergeld. Zahlungen, etwa für eine Krankenversicherung, Miete und Versorgungsverträge, sind nicht leistbar. Dabei kommt der überwiegende Teil der Menschen nach Deutschland, um über reguläre Erwerbstätigkeit den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Allerdings gibt es für formal gering Qualifizierte kaum Arbeitsplätze in Dortmund: den im Schnitt rund 17.000 Arbeitsuchenden in diesem Bereich stehen regelmäßig etwa 700 offene Stellen gegenüber. Hinzu kommt: Deutschkurse oder Qualifizierungsmaßnahmen erfordern eine kontinuierliche Teilnahme, die aber oft an der Notwendigkeit scheitert, jede erdenkliche Tätigkeit anzunehmen, die den Lebensunterhalt der Familie sichern hilft und die existenziellen Notlagen lindert. So landen viele Neuzugewanderte in Nischen der Schattenwirtschaft und ausbeuterischen Strukturen. Auch bei der Wohnungssuche enden die Bemühungen oft in Ausbeutung, wenn den Menschen überteuerte, nicht mehr marktgängige Wohnungen angeboten werden. Ein großer Teil der EU2-Zugewanderten ist außerdem nicht berufstätig und erhält keine Transferleistungen. Für Dortmund ist – bei einer EU2-Erwerbstätigen- und einer EU2-Leistungsempfängerquote von jeweils rund 34,0 Prozent – davon auszugehen, dass der verbleibende Teil von gut 30 Prozent weder erwerbstätig noch im Leistungsbezug ist (Stadt Dortmund 2018c). Dabei sind viele der abhängig Beschäftigten lediglich geringfügig beschäftigt. Im Ergebnis müssen viele EU2-Bürgerinnen und Bürger in Dortmund, wie auch in anderen Zuwanderungsstädten, mit schwierigsten, auch existenziellen, Problemlagen zurechtkommen (Stadt Dortmund 2016).

i

*Es gibt für formal gering Qualifizierte kaum Arbeitsplätze in Dortmund: rund 17.000 Arbeitsuchenden in diesem Bereich stehen nur etwa 700 offene Stellen gegenüber.*

i

*Viele EU2-Bürgerinnen und Bürger müssen mit schwierigsten, auch existenziellen Problemlagen zurechtkommen.*

# 2. Der Dortmunder Weg – Initiierung und erste Schritte

Die oben skizzierte Ausgangslage stellte nach den Beitritten die Dortmunder Akteure vor Herausforderungen. Fachleute in Beratungsstellen, Jugendhilfe, Streetwork und anderen Angeboten der freien Träger und der Verwaltung erkannten als erste die in dieser Ausprägung bisher nicht bekannten Problemlagen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen beschrieben wurden (u.a. Certa/Höhne 2016).

- Frauen landeten in der Prostitution. Im Bereich der Straßenprostitution entwickelte sich eine enorme Dynamik, die auch auf das Quartier ausstrahlte.
- Menschen ohne jede Existenzsicherung waren von Sozialleistungen ausgeschlossen, Schwangere und kranke Kinder und Erwachsene ohne faktischen Versicherungsschutz und damit ohne Anspruch auf medizinische Hilfen waren zu versorgen.
- Familien, die teils mit Kleinstkindern in desolatesten ‚Wohn'-Verhältnissen lebten, konnte keine Alternative angeboten werden.
- Zugewanderte berichteten von Ausbeutungsverhältnissen sowohl auf dem Wohnungs- als auch auf dem Arbeitsmarkt.
- Menschen ohne Deutschkenntnisse, schulische und (formale) berufliche Bildungsabschlüsse fanden auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigungsmöglichkeit.
- Es fehlten ausreichend Fach- und Beratungskräfte, die rumänisch, bulgarisch, türkisch und romanes sprachen und so Zugang zu den Menschen fanden.
- Schulen mussten innerhalb kürzester Zeit eine große Zahl an Kindern und Jugendlichen - teils ohne jegliche schulische Vorerfahrung - in Willkommensklassen aufnehmen, eine gute Lernsituation bieten und gleichzeitig den Übergang in das bestehende System ermöglichen.

Das Erkennen der Situation und der dargestellten Problemlagen als neues Handlungsfeld war einer der ersten Schritte des Dortmunder Weges.

## 2.1 Entwickeln einer gemeinsamen Wissens- und Bewusstseinsbasis: Trägerübergreifender fachlicher Austausch

*Insgesamt reichten bewährte Instrumente nicht aus, um die Menschen zu unterstützen.*

*Notwendig war ein interdisziplinäres, trägerübergreifendes ‚Forum', das die Möglichkeit zum systematisierten und verbindlichen Austausch bot.*

Insgesamt reichten bewährte Instrumente nicht aus, um die Menschen zu unterstützen. Weder war die Hilfeseite auf derart prekäre und multikomplexe Lebenssituationen vorbereitet, noch fanden sich Andockpunkte, um Angebote zur Verbesserung der Lage zu machen: Vorhandene Maßnahmenstrukturen konnten für EU2-Zugewanderte oft nicht genutzt werden. Teils waren - etwa im Bereich der Krankenversicherung, der Sozialgesetzgebung, in Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen – die Zugangsvoraussetzungen faktisch nicht gegeben, teils Regelangebote nicht auf die spezifischen Bedarfe ausgerichtet (Soziale Dienste, Begegnungsmöglichkeiten). Teils fehlte es auch nur an der Koordinierung nutzbarer Angebote oder Kooperation der Träger. Folge waren ein massives Risiko sich verfestigender Armutsstrukturen innerhalb einer (großen) Teilgruppe der Zuwandernden und nachhaltig ausgrenzende Barrieren, was die gesellschaftliche- und die Erwerbsintegration angeht.

Die zunehmend schwierige Situation war Thema verschiedener Facharbeitsstrukturen der Verwaltung und der freien Träger. Schnell war klar, dass beobachtete Phänomene im eigenen fachlichen Kontext nicht hinreichend zu erklären und Lösungen nicht zu finden waren. Der Bedarf an fachlichem Austausch zur Situation, zu eigenen Erfahrungen und Erfahrungen anderer Fachleute, zu neuen Phänomenen und neuen Entwicklungen wurde formuliert. Notwendig war ein interdisziplinäres, trägerübergreifendes ‚Forum', das die Möglichkeit zum systematisierten und verbindlichen Austausch bot, wesentliche Informationen bündelte und den Aufbau eines Wissenspools ermöglichte.

## 2.2 Aufbau verbindlicher Strukturen zur Professionalisierung der Zusammenarbeit: Dortmunder Netzwerk Neuzuwanderung

Ende 2010 fand eine erste Sitzung der freien Träger und der Verwaltung zur Entwicklung einer solchen Austauschstruktur statt. Ergebnis war die Vereinbarung eines Gremiums, das einerseits verbindliche Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit sichert, andererseits offen ist für alle, die an der Mitarbeit am Thema interessiert sind. Ziel waren verlässliche Strukturen für den Austausch der einzelnen Akteure im Handlungsfeld und der Wissenstransfer sowohl im Kreis der vernetzten Fachleute, als auch darüber hinaus in das Handlungsfeld. Anfang 2011 konstituierte sich das Gremium und startete seine Arbeit – zu Beginn unter dem Titel ‚Roma-Netzwerk', später als ‚Netzwerk Neuzuwanderung' – mit zunächst nur wenigen kooperierenden Fachleuten der Wohlfahrtsverbände und der Verwaltung. Um die Interessen der unterschiedlichen Träger gleichermaßen zu berücksichtigen, koordinieren von Beginn an Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger und der Stadt Dortmund das Netzwerk in einer gemeinsamen Geschäftsführung. Im Laufe der Zeit wuchs die Zahl der Netzwerkmitglieder immer weiter an auf zuletzt rund 70 Fachleute, die bei über 20 unterschiedlichen Akteuren tätig sind. Dazu gehören Wohlfahrtsverbände, Organisationen, Vereine, Stadtverwaltung, Polizei, Kammern, Staatsanwaltschaft, Arbeitsverwaltung, Kliniken, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und weitere. Die steigende Nachfrage ist einerseits auf eine zunehmende Zahl an Berührungspunkten in Beratungsangeboten, aber auch in anderen Arbeitszusammenhängen – z.B. zu ordnungsrechtlichen Fragen – zurückzuführen. Andererseits wuchs in den einzelnen thematischen Kontexten das Interesse an einem interdisziplinären Austausch. Ziele waren nun auch die Professionalisierung der eigenen Arbeit und die Optimierung der Angebote durch eine gemeinsame Neu- und Fortentwicklung passgenauer Hilfeansätze.

i

*Ende 2010 fand eine erste Sitzung der freien Träger und der Verwaltung zur Entwicklung einer solchen Austauschstruktur statt.*

i

*Von Beginn an koordinieren Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger und der Stadt Dortmund das Netzwerk in einer gemeinsamen Geschäftsführung.*

## 2.3 Entwickeln einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage: gemeinsame Positionierung und Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa

Unterschiedliche Aufgaben, Strukturen und Sichtweisen der Mitglieder bereicherten in erster Linie die Zusammenarbeit. Es zeigten sich aber auch Grenzen der Kooperation. Während die einen schnelle Hilfen forderten, waren den anderen nachhaltige Lösungsansätze wichtig. Beides war berechtigt. Angesichts der gesetzlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen war auch die Frage nach der Umsetzbarkeit notwendiger Hilfen zentral. Es bedurfte einer für alle akzeptablen Positionierung: Ein kleinster gemeinsamer Nenner der unterschiedlichen Akteursinteressen war nötig, um dauerhaft erfolgreich zu kooperieren. Es folgte ein intensiver Diskurs, der nicht immer einfach und selten einstimmig war und sich in den Jahren 2011 und 2012 in zwei Schritten über mehrere Monate hinzog.

i

*Ergebnis des 2012 gestarteten Prozesses ist der ‚Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa'.*

## I. Entwickeln eines gemeinsamen Arbeitsverständnisses und eines gemeinsamen Ziels

1. Definition der Zielgruppe:
   EU2-Zugewanderte, die im Herkunftsland Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut erfuhren und auch in Dortmund mit prekären Problemlagen konfrontiert sind (unter anderem, aber nicht nur Roma). Menschen mit guten Bildungsvoraussetzungen gehören nicht primär dazu.
2. Entwickeln eines gemeinsamen Ziels:
   Als Ziel der Zusammenarbeit wurde vereinbart, dass alle Menschen unterstützt werden, die auf Dauer ihren Lebensmittelpunkt in Dortmund suchen.
3. Jeder Beitrag zählt: [3]
   Es wurde der Konsens gefunden, in der gemeinsamen Arbeit die Sichtweise, Herangehensweise und rahmengebenden Bedingungen der anderen Akteure, z.B. verfügbare Ressourcen, zu respektieren. Jeder bringt das ein, was alle nach vorne bringt.

## II. Entwickeln eines gemeinsamen Handlungsrahmens

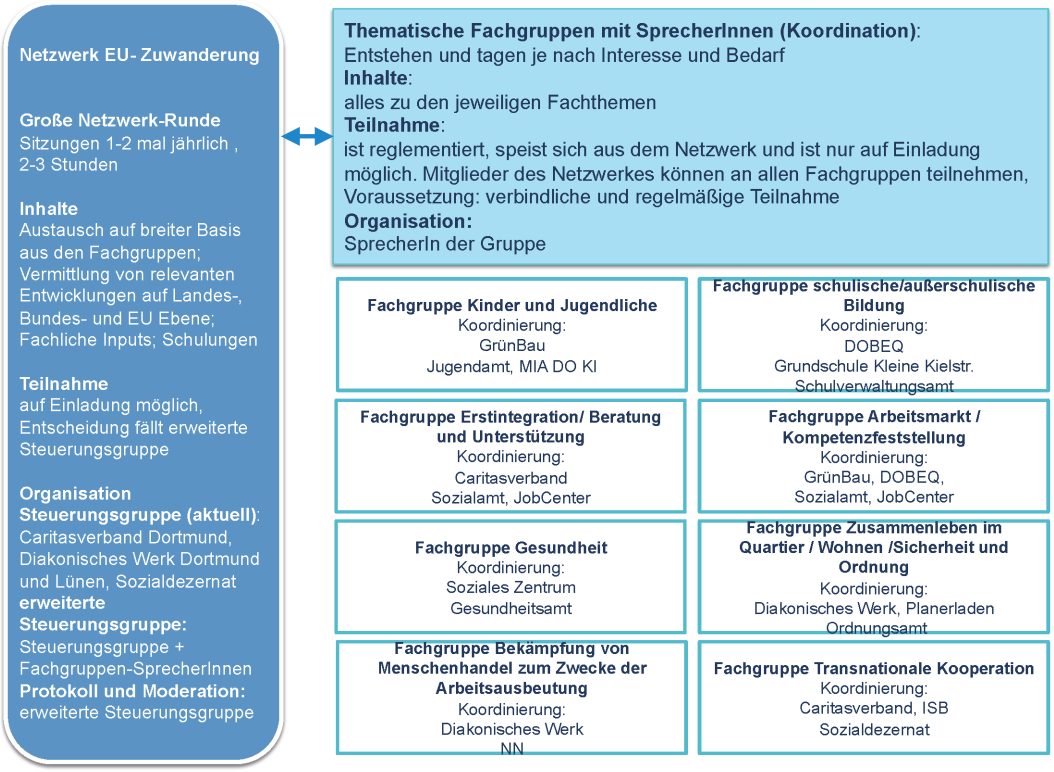
Der Austausch im Netzwerk ermöglichte einen ersten Überblick über die Bedarfslagen der Zugewanderten, aufgebaute Angebote und ihren Fortgang. Angebotslücken und Überschneidungen wurden ebenso deutlich wie die Chancen und Grenzen erprobter Maßnahmen. Was fehlte, war eine systematische Analyse. Das Netzwerk vereinbarte einen Prozess unter Regie der Stadt Dortmund, in dem alle interessierten freien Träger und Verwaltungsbereiche aufgerufen waren, eine solche Analyse gemeinsam anzugehen. Ziel war ein Handlungsrahmen, der Bedarfe, mögliche Lösungen, erste konkrete Schritte und Verantwortlichkeiten benennt. [4] Ergebnis des 2012 gestarteten Prozesses ist der ‚Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa' (vgl. Kap. 3.).
Zur Umsetzung der dort erarbeiteten Ergebnisse wurden Fachgruppen zu den identifizierten Handlungsfeldern eingerichtet (Abb. 2), weitere Themen kamen hinzu. [5]

3 *Hierzu wurde 2013 ein Ratsbeschluss erwirkt.*

4 *Vgl. auch Ziff. 3. Erfolge der ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung'*

5 *Zuletzt 2016 in der Fachgruppe ‚Transnationale Kooperation'*

***Abb. 2: Organisation und Struktur des Dortmunder Netzwerkes EU-Zuwanderung (Quelle: Trägerverbund Dortmund 2017***



Auch die Fachgruppen werden koordiniert von einem Team aus Vertreter/innen der freien Träger und der Verwaltung. Der Sitzungsrhythmus richtet sich nach Dringlichkeit der aktuellen Themen. Positiver Effekt dieser Struktur ist die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Netzwerkes, nachdem ein strukturierter Fachaustausch und die Erarbeitung gemeinsamer Arbeitsgrundlagen mit über 70 Fachleuten nicht mehr machbar waren. Den Wissenstransfer unter den Fachgruppen sichern regelmäßige Plenumssitzungen. Zunehmend werden Fachleute auch aus Selbstorganisationen und dem Ehrenamt gewonnen.

## 2.4 Überörtliche Vernetzung

Die Initiative der Stadt Dortmund, weitere nordrhein-westfälische EU2-Zuwanderungsstädte für die Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze zu gewinnen, stieß zunächst auf wenig Interesse. Inzwischen konnte eine Austauschrunde eingerichtet werden, an der sich neben Dortmund unter anderem Bochum, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Köln und Witten beteiligen.

2012 fasste die Stadt Dortmund Folgen der EU2-Zuwanderung für die kommunale Ebene in dem Papier ‚Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess' zusammen (Stadt Dortmund 2012). Auf Basis dieses Positionspapiers konnte das Land NRW für die Unterstützung kommunaler Prozesse gewonnen werden. Landesmittel und eine Austauschstruktur des Landes mit den Kommunen ermöglichten die Entwicklung und Erprobung von Handlungsansätzen. Es gibt noch keine Hinweise darauf, dass diese Unterstützung fortgesetzt wird.

Der Sozial- und Jugendausschuss des Städtetages NRW empfahl auf Basis des Dortmunder Papiers die Gründung der ‚Arbeitsgruppe Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien' des Deutschen Städtetages, die sich 2012 unter Vorsitz der Dortmunder Sozialdezernentin konstituierte. Ziel der bundesweit besetzten Arbeitsgruppe (u.a. EU2-Zuwanderungsstädte Berlin, München, Hamburg, Bremerhaven, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Saarbrücken) ist die Unterstützung durch den Bund für gemeinsame, nachhaltige Lösungsstrategien.

Eine Reaktion auf das Papier erfolgte auch seitens der bulgarischen Botschaft. 2013 fand ein erster Austausch bulgarischer Vertreterinnen und Vertreter mit Fachleuten des Dortmunder Netzwerkes in Dortmund statt, der in einer Kooperation Dortmunds mit Akteuren im bulgarischen Plovdiv mündete. Ein erstes Projekt auf NGO-Ebene befindet sich in der Umsetzung.

i

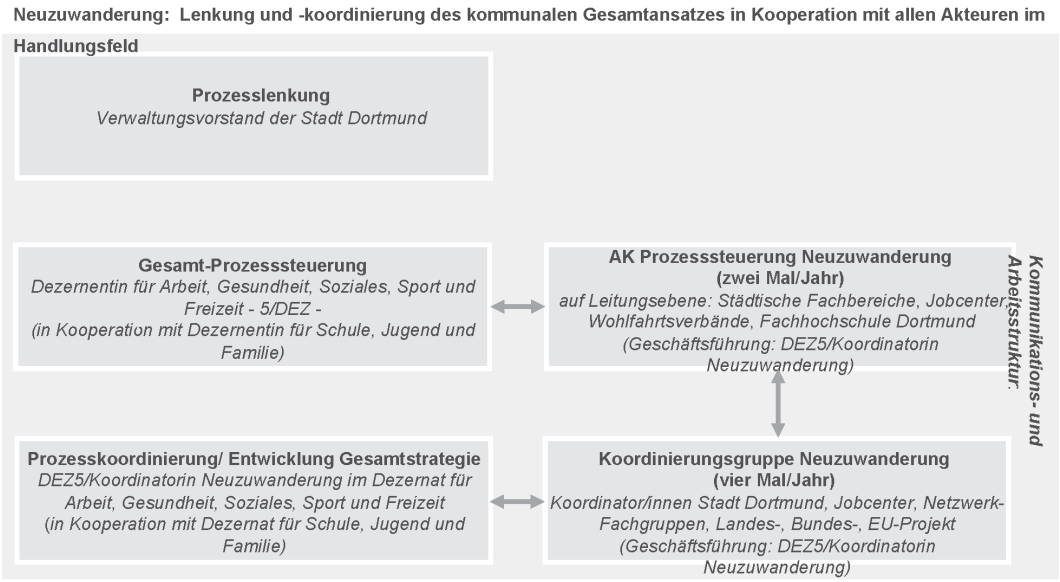
*Ende 2013 war klar, dass es „Gelingensbedingungen" für die gemeinsame Arbeit und eine integrierte Gesamtstrategie brauchte.*

## 2.5 Vernetzung professionalisieren: Koordinierungsgruppe Neuzuwanderung

Ende 2013 war klar, dass es „Gelingensbedingungen" für die gemeinsame Arbeit und eine integrierte Gesamtstrategie brauchte. Weitere Akteure und Regelstrukturen und in den Fachgruppen begonnene Arbeitsprozesse waren in die Entwicklung des Handlungsfeldes einzubinden, der Wissenstransfer über die Ebenen zu sichern und Fördermittel einzuwerben. Wegen der Komplexität der Dortmunder Angebote, der Dynamik im Handlungsfeld und gleichzeitig geringen Steuerungsmöglichkeiten war diese Aufgabe nicht „nebenbei" zu erledigen. 2014 strukturierte das Sozialdezernat die Koordinierung, Steuerung und Lenkung neu (Abb. 3). In der Verwaltung wurden

Koordinatorinnen und Koordinatoren mit einem Teil ihrer Arbeitszeit freigestellt, um das eigene Arbeitsfeld auf Lösungsbeiträge zu prüfen. Projektverantwortliche für erste fördermittelfinanzierte Vorhaben wurden bestimmt. Die Koordinierungsteams der Netzwerk-Fachgruppen, der Projekte und der Verwaltung sind seitdem die ‚Koordinierungsgruppe EU-Zuwanderung', die als Kommunikations-, Kooperations- und Arbeitsstruktur eingerichtet ist und Erkenntnisse über örtliche und überörtliche Entwicklungen bündelt. Die Koordinierungsteams implementieren Informationen in die jeweiligen Fachbereiche und Netzwerke. Problemlagen und Schnittstellenbarrieren werden erkannt und gelöst, Wissen transferiert. Vorhandene Maßnahmen und ihr Zusammenwirken werden optimiert und weitere Lösungsansätze passgenau entwickelt. Die Koordinierungsgruppe tagt viermal jährlich. Die Ergebnisse werden durch die Prozesskoordinierung aufbereitet und auf die Ebene der Projektsteuerung auf Dezernent/inn/en-Ebene gehoben. Auch hier ist ein Abstimmungsgremium mit den Leitungen der Verwaltung, der Wohlfahrtsverbände und der Fachhochschule Dortmund eingerichtet. Der ‚AK Prozesssteuerung' führt auf Basis des Inputs aus der Koordinierungsgruppe verbindliche Vereinbarungen herbei. Die Lenkung des gesamten Prozesses liegt beim Verwaltungsvorstand, der in seinen Sitzungen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informiert wird. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig Berichte an die politischen Gremien

***Abb. 3: Lenkung, Steuerung und Koordinierung der Dortmunder Gesamtstrategie (Stadt Dortmund 2017)***



# 3. Notwendigkeit einer Verantwortungsgemeinschaft: Erfolge der ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung'

Unter dem Begriff ‚Nothilfen' können die ersten aufgebauten Maßnahmen zusammengefasst werden. Dazu gehörten aufsuchende Soziale Arbeit, Beratungs- und Orientierungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen, niedrigschwellige Deutschkurse, medizinische Sprechstunden für nicht krankenversicherte Kinder und Schwangere, unterschiedliche Jugendhilfe- und Bildungsangebote und familienbegleitende Maßnahmen. Auch die Integration der Kinder und Jugendlichen in das vorhandene Schulsystem war an vielen Stellen herausfordernd. Diese aus eigenen Ressourcen aufgebauten Angebote bestehen weiterhin fort, aber sie reichen nicht, um den Menschen faire Teilhabeperspektiven zu ermöglichen. Nach wie vor hat ein Großteil weder Anspruch auf Sozialleistungen noch Chancen, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Daran änderte auch die 2014 einsetzende Arbeitnehmerfreizügigkeit nichts, denn Menschen ohne ausreichende Berufsqualifikationen finden auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt kaum Angebote.

### Interkommunal entwickelter ‚Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa'

2012 wurde deutlich, dass nur eine Verantwortungsgemeinschaft aus Kommune, Land, Bund, EU und Herkunftssaaten gemeinsam Gelingensbedingungen schaffen kann, die den Menschen gute Perspektiven ermöglichen und das Miteinander in den Ankunftsquartieren stützen (Certa 2017). Ziel war ein Handlungsrahmen (vgl. 2.4), der die Situation analysiert, Handlungsbedarfe und Handlungsnotwendigkeiten konkretisiert, die verantwortlichen Akteure und Ebenen benennt und die nächsten Schritte beschreibt. Im selben Jahr startete, finanziert aus Landesmitteln, ein Prozess, in dem das Dortmunder Netzwerk in Kooperation mit Duisburger Akteuren das geplante Vorgehen umsetzte und sechs Lösungsszenarien erarbeitete (Abb. 4).

***Abb. 4: Sechs Handlungsszenarien aus dem ‚Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa' (Stadt Dortmund 2013: 29-54)***

1. Verlässliche Verantwortungsgemeinschaft und Zugang zu Förderstrukturen sind Voraussetzungen für nachhaltige Lösungsstrategien und gute Rahmenbedingungen auf örtlicher Ebene
2. Fonds und Zentrale Clearingstelle auf Bundesebene gewährleisten die Versorgung der Menschen und verlässliche Arbeitsstrukturen
3. Aufsuchende Arbeit und Orientierungsstelle ermöglichen schnelle Hilfen und nachhaltige Perspektiven
4. Qualifizierung sichert Erwerbsbeteiligung und gute Teilhabechancen
5. Die Stärkung der Kinderrechte sichert den Kindern und ihren Familien verbesserte Lebensperspektiven und
6. Gute Zugänge zum Wohnungsmarkt verbessern die Lebensbedingungen und helfen, Ausbeutungsstrukturen zu verhindern

Zudem beschreibt der Handlungsrahmen Handlungsbedarfe in den folgenden Bereichen (Dortmund 2013):

- Stärken des sozialen Miteinanders in den Nachbarschaften, des Dialogs zwischen den zugewanderten und den bereits in den Quartieren lebenden Menschen und des sozialen Friedens;
- Stärken des Bereiches Bildung in der konzeptionellen Entwicklung von der sprachlichen über die schulische bis hin zur berufsorientierten Qualifizierung zur Verbesserung der individuellen Perspektiven;

- Unterstützen der Selbstorganisation bis hin zur politischen Partizipation, um Zugewanderte in ihren Potenzialen zu stützen, gute Teilhabechancen zu eröffnen und sie aktiv für die Stadtgesellschaft zu gewinnen;
- Entwickeln guter, örtlicher Ansätze zu integrierten kommunalen Konzepten.
- 2013 wurden die Ergebnisse gemeinsam mit Duisburger Partnern qualifiziert (Stadt Dortmund, Stadt Duisburg 2013), Projekte entwickelt (Stadt Dortmund 2016) und Fördermittel beantragt. Dazu gehörten:

### Anlaufstelle ‚Willkommen Europa' des Dortmunder Trägerverbundes

Die aus Landes-ESF-Mitteln finanzierte und 2014 gestartete, trägerübergreifende Anlaufstelle ‚Willkommen Europa' setzt an den faktischen Problemen der Menschen an, ist zentrale Beratungsstruktur für die Zielgruppe und Schnittstelle für alle relevanten Angebote zur gesellschaftlichen- und zur Erwerbsintegration und zur Erwerbsintegration.

Das trägerübergreifende, muttersprachliche Team arbeitet aufsuchend und zugehend und bündelt die Erkenntnisse zur Situation der Zugewanderten, Wanderungsmotive und ihre Perspektiven der Arbeit in einem Wissenspool.

*Im Rahmen des vom Trägerverbund entwickelten ‚9-Schritte-Verfahrens' werden die Zuwandernden aufgesucht, intensiv individuell beraten und in bedarfsgerechte, passgenaue Maßnahmen vermittelt.*

***Abb. 5: Dortmunder ‚9-Schritte-Verfahren' zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe***

**Dortmunder Verfahren zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe**

1. Frühzeitig antreffen und erreichen
2. Vertrauen bilden, sofortigen Einstieg in Sprachförderung sichern
3. Orientieren und motivieren
4. Individuelle integrationsausgangslage klären (Bleibeperspektive, Erwerbschancen, soziale / gesundheitliche Probleme)
5. Qualifikationen und Kompetenzen feststellen, überprüfen und bilanzieren
6. individuellen Förder- und Integrationsplan erarbeiten, Bewerbungsverfahren starten
7. Kompetenzen sichtbar machen und Kompetenzen fördern
8. Arbeitsmarktintegration initiieren und schrittweise umsetzen
9. Nachhaltigkeit – Stabilisierung und Nachbetreuung

Im Rahmen des vom Trägerverbund entwickelten ‚9-Schritte-Verfahrens' werden die Zuwandernden aufgesucht, intensiv individuell beraten und in bedarfsgerechte, passgenaue Maßnahmen vermittelt (Abb. 6). Dabei ist die ‚Anlaufstelle Willkommen Europa' in Kooperation mit anderen Projekten zunehmend erfolgreich: 2016 und 2017 konnten insgesamt etwa 1.000 Menschen in Erwerbsarbeit vermittelt werden, rund zwei Drittel davon sozialversicherungspflichtig. 2017 wurde der Ansatz für alle EU-Bürgerinnen und Bürger in prekären Lebenslagen geöffnet.

### Unterstützen der Teilnahme an Integrationskursen

Die Stadt Dortmund und der Dortmunder Caritasverband haben 2014 gemeinsam ein Konzept für kostenlose und sozialpädagogisch begleitete Integrationskurse für EU-Zugewanderte in prekären Lebenslagen konzipiert. Die Kurse wurden aus BAMF-Mitteln bei unterschiedlichen Sprachkursträgern in Berlin, München, Duisburg und Dortmund als Pilotprojekt erfolgreich durchgeführt. 2016 wurde die Finanzierung eingestellt. Unentgeltliche Alternativen stehen nicht zur Verfügung.

### Brücken in die Regeldienste: Dualer Bachelorstudiengang Armut und (Flüchtlings-)Migration

In Kooperation mit der Stadt Dortmund hat die FH Dortmund den Bachelor (Soziale Arbeit) „Armut und (Flüchtlings-)Migration“ entwickelt, der seit 2014 vor allem darauf zielt, Zugänge zu marginalisierten Menschen zu finden. Die Studierenden sind neben ihrer Hochschulausbildung bei einem städtischen oder freien Träger der Sozialen Arbeit angestellt. Das Land NRW finanziert den Einsatz Studierender mit Migrationsgeschichte, die im Bereich Neuzuwanderung eingesetzt sind. In Dortmund sind aktuell 52 Studierende eingesetzt. 2016 erhielt die Stadt Dortmund für den Studiengang im Rahmen der Auszeichnung ‚Europaaktive Kommune‘ einen Sonderpreis.

### Herstellen des Krankenversicherungsschutzes

Die Überleitung von EU2-Zugewanderten in eine Krankenversicherung ist theoretisch geregelt, praktisch funktioniert sie nicht. 2016 ging die ‚Clearingstelle Gesundheit‘ in freier Trägerschaft und finanziert aus Landesmitteln an den Start. Ein muttersprachliches, multiprofessionelles Team berät niedrigschwellig zu Fragen des Versicherungsschutzes und organisiert gemeinsam mit sechs Krankenversicherern die Aufnahme in die Versicherung. Das Team pflegt ein digitales Wissensmanagement.

### Unterstützen von Wohnungszugängen

Problemimmobilien strahlen auf die Nachbarschaft aus. Ordnungsrechtliche Maßnahmen treffen oft nicht die Vermieterinnen und Vermieter, sondern die Zugewanderten. Stadt und freie Träger setzen seit 2018 aus Landesmitteln eine Wohnungszugangsstrategie um. Am Wohnungsmarkt benachteiligten Neuzugewanderten wird angemessener, bezahlbarer Wohnraum vermittelt. Dafür werden faire Vermieterinnen und Vermieter gewonnen und bei der Bewirtschaftung ihrer Wohnungen unterstützt. Verknüpft ist das Projekt mit dem Ankauf und der Sanierung von Problemimmobilien und Beschäftigungsprojekten. So werden Menschen mit Wohnraum versorgt, Immobilien aufgewertet und Nachbarschaften stabilisiert.

### Vom zielgruppenorientierten Ansatz zum bedarfslagenorientierten Gesamtangebot gegen Armut und Ausgrenzung im Quartier

Die zentrale Erkenntnis aus dem Dortmunder Ansatz lautet: Strukturen, die für von Armut betroffene Zugewanderte gut sind, helfen auch anderen Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Dafür wird das Anlaufstellenmodell sukzessiv sozialräumlich und bedarfslagenorientiert Hilfen ‚unter einem Dach‘ bieten. Lotsinnen und Lotsen bauen Brücken in die Angebote, die nur zentral vorhanden sind.

### Verschneidung EU2- und Flüchtlingszuwanderung

In der Flüchtlings- und der EU2-Zuwanderung treten trotz unterschiedlicher Rechtskreise Problemlagen in denselben Bereichen auf. Arbeit, Bildung, Sprache, Gesundheit und Wohnen sind dabei zentral. 2016 wurden beide Arbeitsfelder zur „Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung“ verzahnt.

# 4. Voraussetzungen für das Gelingen der Dortmunder Gesamtstrategie

Das mittlerweile erreichte trägerübergreifende Kooperationsniveau ist einzigartig und Grundlage für eine hocheffiziente Arbeit, in die alle ihre Expertise und ihr Praxis-Know-how einbringen. Mit der fortlaufenden Optimierung des Ansatzes wurde ein großer Teil des Handlungsrahmens angegangen und umgesetzt. Dafür waren folgende Voraussetzungen unerlässlich:

### Städtische Verantwortung für Koordinierung, Lenkung und Steuerung

*Ohne eine strategische Ausrichtung sind lediglich zufallsabhängige Erfolge möglich.*

Ohne eine strategische Ausrichtung sind lediglich zufallsabhängige Erfolge möglich. Planungserfolge gelingen nur, wenn die zentralen Akteure kooperieren und ihre Arbeit faktenorientiert, gemeinsam und passgenau ausrichten. Eine Systematisierung der Zusammenarbeit, in die zwingend freie Träger, Schulen und Bildungsträger einzubinden sind, eine datenbasierte und handlungsleitende Analyse der Situation und verbindliche Vereinbarungen ermöglichen Fortschritte. Eine solche Ausrichtung gelingt nur, wenn die Stadt die Federführung übernimmt und ihrer Verantwortung als Hauptakteurin auf örtlicher Ebene gerecht wird. Sie muss dafür Strukturen auch auf Steuerungs- und Lenkungsebene schaffen.

### Aushandeln eines gemeinsamen Verständnisses

Engagierte Akteure setzen sich mit Leidenschaft für ihre Sicht auf die Dinge ein. Nur so kann ein fachlich breit aufgestelltes Angebot überhaupt entstehen. Die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses ist sorgfältig zu moderieren. Wesentlich ist ein ‚kleinster gemeinsamer Nenner', ein Konsens, dass jeder einbringt, was alle nach vorne bringt und dass alle Menschen unterstützt werden, die auf Dauer in Dortmund bleiben und hier ‚regelkonform' leben. Um den notwendigen Respekt vor der eventuell anderen Sichtweise anderer Akteure zu sichern, empfiehlt sich die gemeinsame Moderation durch Verwaltung und freie Träger. Denn beide sind unverzichtbare Partner in einem großen Handlungsfeld.

### Kooperation auf Augenhöhe, verlässliche Strukturen, Transparenz und Wissenstransfer

Trägerspezifische Strukturen und knappe Ressourcen erschweren die trägerübergreifende Kooperation. In Dortmund ist die Mitarbeit im Trägerverbund ein freiwilliges Angebot an alle, die kooperieren wollen. Das zeigt Erfolg: Fast alle Maßnahmen werden von einem Projektverbund getragen. Die städtische Gesamtkoordinierung sichert dafür zu, die Partner auf Augenhöhe an den Planungsprozessen zu beteiligen und Gelingensbedingungen für die gemeinsame Arbeit zu befördern. Dafür muss sie verlässliche Strukturen aufbauen, den Abruf von Fördermitteln ermöglichen und die Verantwortung anderer Ebenen einfordern. Effekt sind Wissenstransfer, Transparenz und kurze Wege: Vieles, das wegen der Trägervielfalt nur zeitaufwändig zu bewältigen wäre, gelingt nun effektiv und zügig.

### Überörtliche aktiv werden

In der Zusammenarbeit des örtlichen Trägerverbundes mit dem Land NRW schätzt und berücksichtigt jede Ebene die Expertise der anderen. Das gilt es zu bewahren. Die Erkenntnis, dass alle Akteure die Chance haben, gemeinsam gute Lösungen zu erzielen und weiter auszubauen, muss sich auch in der Kooperation mit der Bundesebene durchsetzen. Die Kooperation in einzelnen Projekt-Zusammenhängen (z.B. im Rahmen des EHAP) zeigt, dass das gelingen kann und zu guten Erfolgen führt. Die bundesweite Kooperation in der AG des Deutschen Städtetages fördert dieses Ziel (Deutscher Städtetag 2013).

# 5. Lessons Learned: Offene Fragen und Empfehlungen an andere Kommunen

Handlungsoptionen sind immer geknüpft an verfügbare Ressourcen. Dazu gehören ein breites Wissen, tragfähige Kooperationen, ein gemeinsames Ziel und einsetzbare finanzielle Mittel. Das alles war in Dortmund nicht einfach abrufbar, sondern unter großem Handlungsdruck aufzubauen. Gemessen daran haben die Akteure Enormes auf die Beine gestellt. Die Initiierung der Dortmunder Gesamtstrategie und ihre Fortentwicklung würden daher heute vermutlich nicht gravierend anders laufen. Allerdings sind längst nicht alle Aufgaben abgearbeitet, unterschiedlichste Fragen sind nach wie vor offen:

- Wie können wir Zugewanderte besser einbinden und wie können sie ihre Potenziale und Interessen besser einbringen?
- Was müssen wir tun, um Fachkräfte, die direkt mit den Menschen arbeiten, besser vor zu großen Belastungen zu schützen?
- Wie können wir die Nachbarschaften und das Miteinander dort stärken?
- Wie kann – angesichts der globalen Wanderungsbewegungen und weiterer anstehender EU-Beitritte – die vorhandene Dortmunder Strategie ‚zukunftsfähig' gemacht und zu einer ‚intelligenten' Gesamtstrategie weiterentwickelt werden?
- Wie kann es gelingen, die gewonnenen Erkenntnisse auch für andere Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu nutzen?
- Was müssen wir tun, um ‚über die Ebenen' – interkommunal und gemeinsam mit der Landes-, der Bundes- und der EU-Ebene sowie mit den Herkunftsstaaten – zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen?

Auf diese und andere Fragen müssen konkrete Antworten gefunden werden, denn die Dortmunder Akteure haben sich zum Ziel gesetzt, Neuzuwanderung nicht auf die damit einhergehenden Herausforderungen zu beschränken, sondern sie als Chance zu begreifen. Vor dem Hintergrund der globalen Wanderungsbewegungen und der anstehenden Erweiterungen der EU ist Zuwanderung in unsere Städte kein temporäres Phänomen, sondern wird Topthema auf der kommunalen Agenda bleiben. Dabei sind nicht nur die logistischen Aufgaben zu bewältigen. Es geht vielmehr um die Schaffung der Rahmenbedingungen, die den Neubürgerinnen und Neubürgern nachhaltig gute Teilhabeperspektiven ermöglichen. Ihnen gute Chancen und Zugänge zu Bildung, Ausbildung, Arbeit, Gesundheit und guten Wohn- und Lebensbedingungen zu sichern, ist die langwierigere und komplexere Aufgabe. Die Dortmunder Akteure sind sich sicher, dass das funktionieren kann.

Es ist empfehlenswert, sorgfältig auf die Entwicklungen in der Stadt oder dem Kreis zu achten. Mehr und mehr Städte und Kreise registrieren neben vermehrten Abwanderungen auch wachsende Zuwanderungszahlen. Dahinter verborgen sind immer auch Menschen, die mit schwierigen Voraussetzungen kommen und Unterstützung brauchen. Diese Kommunen haben die Gelegenheit, die bereits in anderen Städten gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen. Denn auch wenn die Problemlagen vor Ort unterschiedlich sind: Die Prozesse zur Erarbeitung nachhaltiger Lösungen erfordern dieselben Schrittfolgen und Voraussetzungen.

Übrigens: Das Dortmunder Netzwerk ist immer an Kooperationen interessiert. Wer sich nicht allein auf den Weg machen möchte, ist bei uns immer an der richtigen Adresse.

i

*Zuwanderung in unsere Städte ist kein temporäres Phänomen, sondern wird Topthema auf der kommunalen Agenda bleiben.*

## Zur Person: Christiane Certa

*Christiane Certa, Diplom-Soziologin*

Christiane Certa ist seit 2000 Sozialplanerin bei der Stadt Dortmund. Ihre zentralen Themen sind die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und die Armutsbekämpfung. Sie ist geschäftsführend im ‚Dortmunder Netzwerk EU-Zuwanderung' aktiv, leitet diverse teilhabeorientierte ESF-Projekte und koordiniert die ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung'. Hier ist sie auch bundes- und EU-weit aktiv. Derzeit entwickelt sie eine sozialräumlich orientierte Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Eins ihrer zentralen Anliegen ist die Zusammenarbeit von Akteuren unterschiedlicher Disziplinen der Verwaltung und der freien Träger auf Augenhöhe. Christiane Certa war außerdem am Aufbau des dualen Bachelorstudiengangs „Armut und (Flüchtlings-)Migration" an der FH Dortmund beteiligt, wo sie seit 1999 Lehrveranstaltungen im Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften anbietet.

Kontakt: ccerta@stadtdo.de

## Literatur

Böckler S./Gestmann M./Handke T. (2018): Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und Alteingesessene im Ankunftsquartier. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Certa, C. (2017): Migration in Europa: Alle müssen ihrer Verantwortung gerecht werden! Strategische Teilhabekonzepte sichern Potenziale der Migration für die Stadtgesellschaft, in: Europe Direct Informationszentrum Dortmund in der Auslandsgesellschaft (Hrsg.), Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa. Chancen und Perspektiven, Dortmund: Athena Verlag, S. 59-90.

Certa, C./Höhne, G. (2016): Nachhaltige Lösungsstrategien im Rahmen der EU-Zuwanderung. Dokumentation des Fachtages der AG Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien des Deutschen Städtetages vom 3. Juni 2015. Berlin: Deutscher Städtetag.

Deutscher Städtetag (2013): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Berlin: Deutscher Städtetag.

Hanganu, E./Humpert, S./Kohls, M. (2014): Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Forschungsbericht 24. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Fluchtlinge.
Stadt Dortmund (2012): Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Dortmund (2013): Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Dortmund (2016): Qualifizierung des IHK Dortmund-Nordstadt für die Beteiligung am Aufruf ‚Starke Quartiere - starke Menschen'. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Dortmund (2018a): Menschen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in Dortmund. Sozialräumliche Auswertung. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Dortmund (2018b): Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Dortmund (2018c): Zehn Jahre EU 2-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf Dortmund. Dortmund: Stadt Dortmund.

Stadt Duisburg/Stadt Dortmund (2013): Interkommunale Kooperation ‚Zuwanderer aus Südosteuropa': Qualifizierung der interkommunal entwickelten Lösungsansätze, der Wissensbasis und des interkommunalen Transfers" der Städte Dortmund und Duisburg. Duisburg: Stadt Duisburg.

Statista (2018): Europäische Union: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den Mitgliedsstaaten in jeweiligen Preisen im Jahr 2017. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188766/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-den-eu-laendern/. Zugriff am: 13.07.2018.

# Impressum

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW
Institut für soziale Arbeit e. V.
Friesenring 40
48147 Münster
info@transferagentur-nordrhein-westfalen.de

**V.i.S.d.P.**
Johannes Schnurr

**Redaktion**
Andrea Conraths
Dr. Mario Roland
Kirsten Althoff

**Gestaltung**
pars pro toto, Agentur für Kommunikation
www.pars-pro-toto.de

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung